



24.11.2016

Die große Pflegereform zeigt Wirkung - es bleibt aber noch viel zu tun



Autorenteam des SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen erstellt Pflegereport 2016 im Auftrag der BARMER GEK.

Heute wurde auf der Bundespressekonferenz der neunte BARMER GEK Pflegereport vorgestellt. Darin wurden insbesondere die Auswirkungen der jüngsten Pflegereformen auf die Versorgung der Pflegebedürftigen untersucht. Die Arbeitsgruppe des SOCIUM unter Leitung von Professor Heinz Rothgang, bestehend aus Thomas Kalwitzki, Rolf Müller, Rebecca Runte und Rainer Unger, untersucht dabei auch die regionalen Unterschiede der Bedarfslagen und der Angebotsstrukturen. Wesentliche Datengrundlagen sind die Pflegestatistik, die rund 2,6 Millionen Pflegebedürftige ausweist, das sozio-ökonomische Panel und die Routinedaten der BARMER GEK, die rund zehn Prozent der Bevölkerung abbilden.

Zentrale Ergebnisse des Reports sind:

 Die bisherigen Schritte der Pflegereform zeigen Wirkung. Im Pflege-Neuausrichtungsgesetz (2012) und dem Ersten Pflegestärkungsgesetz (2015) wurden gezielt Leistungen für Menschen mit Demenz verbessert und die Möglichkeiten, Verhinderungspflege und Teilzeitpflege in Anspruch zu nehmen, flexibilisiert. Tatsächlich





zeigt sich eine deutliche Steigerung der Inanspruchnahme gerade dieser Leistungen. Auch bei der zahnmedizinischen Versorgung in Pflegeheimen, die ebenfalls Gegenstand diverser Neuregelungen war, zeigen sich Verbesserungen.

- 2. Die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im PSG II ist eine sehr großzügige und damit auch sehr teure Reform. Nach im Report vorgestellten Berechnungen ist für 2017 mit Mehrausgaben im Vergleich zum Status quo von mehr als 7 Mrd. Euro zu rechnen. Gleichzeitig werden durch eine Beitragssatzsteigerung Mehreinnahmen generiert, die aber auch in Verbindung mit den Überschüssen, die die Pflegeversicherung derzeit erzielt, nicht ausreichen, die Mehrkosten zu finanzieren. Für 2017 ist daher mit einem strukturellen Defizit von mehr als 3 Mrd. Euro zu rechnen.
- 3. In Pflegeheimen führen die Mehrausgaben zu einer finanziellen Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie subsidiär der Sozialhilfeträger. Die Einnahmen der Pflegeheime steigen dagegen nicht entsprechend. Die Reform führt daher nicht zu einer besseren Personalausstattung der Pflegeheime. Sollen die Personalschlüssel in Heimen merklich verbessert werden, sind hierzu in den nächsten Jahren weitere Reformanstrengungen notwendig.
- 4. Bei Betrachtung der Situation auf Länderebene zeigen sich sehr große Unterschiede. Diese beziehen sich auf die Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen ebenso wie auf die Anteile der stationär, ambulant und mit Pflegediensten versorgten Pflegebedürftigen, die Kapazitäten des ambulanten und stationären Sektors und das Ausmaß der zukünftigen Personallücke in der Pflege. Diese Unterschiede machen deutlich, dass Pflege regional bzw. lokal gedacht und geplant werden muss.

Download:

<u>BARMER GEK Pflegereport 2016</u>
<u>Statement von Prof. Rothgang</u> anlässlich der Pressekonferenz am 24.11.2016

Folienvortrag von Prof. Rothgang anlässlich der Pressekonferenz am 24.11.2016

Kontakt:

Prof. Dr. Heinz Rothgang

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 3

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58557

E-Mail: rothgang@uni-bremen.de

Dr. rer. pol. Rolf Müller

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik Mary-Somerville-Straße 3 28359 Bremen





Tel.: +49 421 218-58554

E-Mail: rmint@uni-bremen.de